



PHOTONEWS

INTERNATIONALE
FÖDERATION VON
CHEMIE-, ENERGIE-,
BERGBAU- UND
FABRIKARBEITERGEWERKSCHAFTEN

Aserbaidtschan

Gewerkschaftliche Organisation von Leiharbeitern

Seite 3

Inhalt

- 4-5** **Palästina**
Die Mauer muss weg



- 10** **Internationaler Frauentag**
ICEM-Frauenthemen



- 11** **Fred Higgs**
Nachhaltigkeit



- 18-19** **Chinas Bergbaubetriebe**
*Lösung der Sicherheitsprobleme
in Sicht*



Internationale Föderation von Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften

Website: www.icem.org E-mail: info@icem.org



Avenue Emile de Béco 109
B-1050 Brüssels
BELGIEN
Fon +32 2 626 2020
Fax +32 2 648 4316

Herausgeber: Fred Higgs, *Generalsekretär*
Redakteur: Dick Blin, *Referent für Presse und Publikationen*
Beiträge: Reg Green, *Arbeits- und Umweltschutzreferent*
Layout: Thierry Lenoir, *Assistent für Publikationen und Design*

Global/info ist die offizielle Publikation der ICEM, eines globalen Gewerkschaftsverbandes, der 20 Millionen ArbeitnehmerInnen in mehr als 389 Industriegewerkschaften in 122 Ländern vertritt. Global/Info wird auf Englisch, Französisch, Deutsch, Japanisch, Russisch, Spanisch und Schwedisch herausgegeben. Der Nachdruck von Artikeln ist erwünscht. Fotos und Grafiken mit Copyrightangabe dürfen nicht ohne Zustimmung des Copyrightinhabers verwendet werden.

Mitgliederzuwachs am Kaspischen Meer

Leiharbeiter für Unternehmen, die als Ölfeld-Dienstleister im Kaspischen Meer tätig sind, haben sich 2006 in einem überraschend hohen Maß gewerkschaftlich organisiert. Die Erklärung für diesen neuen Trend dürfte in zwei Streiks von rund 2.000 aserbaidischen Arbeitern zu sehen sein, die sich gegen das in den USA ansässige Unternehmen McDermott richteten und bei denen es um die Anerkennung ihrer Gewerkschaft ging.

Diese neue gewerkschaftliche Organisationswelle, die zum Beispiel dem ICEM-Mitglied OGWU (Aserbaidische Gewerkschaft der Öl- und Gasarbeiter) jede Menge neue Mitglieder zuführte, ist gleichzeitig eine Premiere - zum ersten Mal haben sich die Arbeiter, die im Kaspischen Meer Ölplattformen errichten und für Ölfeld-Dienstleister arbeiten, gewerkschaftlich zusammengeschlossen. Vor dem Konflikt mit McDermott hatte die Gewerkschaft ausschließlich die Arbeiter der State Oil Company of Azerbaijan (SOCAR) organisiert.

"Die Ereignisse, die Ende 2005 durch den Streik der McDermott-Arbeiter ins Rollen gebracht wurden, spielten eine große Rolle bei der gewerkschaftlichen Organisation anderer Arbeiter von ausländischen, in Aserbaidisch tätigen Unternehmen", erklärte OGWU-Präsident Jahangir Aliev. "Von besonderer Bedeutung ist aber, dass diese neuen Gewerkschaftsorganisationen von Leuten angeführt werden, die die Interessen der Leiharbeiter wirklich wahrnehmen können."

Seit dem McDermott-Streik sind die Mitgliederzahlen bei der OGWU kontinuierlich gestiegen. In den Monaten nach dem Streik der aserbaidischen Arbeiter für Lohngleichstellung und die gleichen medizinischen Leistungen, die ausländische Arbeiter erhalten, haben sich ca. 10.000 Kontraktarbeiter im kaspischen Öl- und Gassektor organisiert.

Am 19. Dezember 2005 veranstalteten 1.600 Arbeiter des BosShelf-Offshore-Bauprojekts, an dem ein aserbaidisch-französisches Konsortium beteiligt ist und das teilweise im Besitz von Bouygues ist, eine Gründungskonferenz und wurden als Gewerkschaft anerkannt. Ende Dezember organisierten sich die Arbeiter bei PCH, einer australischen Ausrüstungsfirma für Ölplattformen, ebenfalls in einer Gewerkschaft. Eine weitere Gewerkschaft wurde von Arbeitern bei Azfen-Tekfen gegründet,

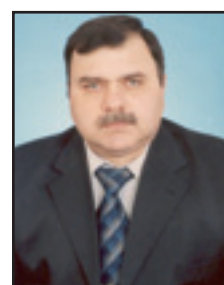


einem aserbaidisch-türkischen Joint Venture.

Am 1. Februar organisierten die Arbeiter des in Irland beheimateten Unternehmens Kentech, eines Subunternehmers von BP und der größte Partner von SOCAR in der Region, einen kurzen Streik und erreichten damit die Anerkennung ihrer Gewerkschaft sowie höhere Löhne.

Da die Region um das Kaspische Meer von größter geopolitischer Bedeutung für die Produktion und den Transport von Öl und Gas ist, nutzen die Arbeiter ihre Macht, um ihre Rechte durchzusetzen und einen gerechten Anteil an den Früchten ihrer Arbeit zu erhalten. Der Fall McDermott ist dafür ein gutes Beispiel.

Das US-Unternehmen ist seit 2001 für BP und SOCAR tätig und baut Offshore-Ölplattformen in dem riesigen Azeri-Chirag-Gunashli-Ölfeld, in das Konzerne aus dem Westen US-\$ 15 Milliarden für Exploration und Erschließung investieren. Ein großer Teil des Öls soll über die neu eröffnete Baku-Tbilisi-Ceyhan-Pipeline transportiert werden, weitere Lieferungen erfolgen über Pipelines durch Russland und Georgien bis nach Europa. Aserbaidisch plant eine Verdoppelung seiner 2005 exportierten Rohölmengen auf 26 Millionen Tonnen im Jahr 2006.



**Jahangir Aliev,
OGWU-Präsident**

**Mitgliederzuwachs am Kaspischen Meer
(Fortsetzung auf Seite 8)**

Erklärung

Eine ICEM-Delegation unter der Leitung von Generalsekretär Fred Higgs hat auf Einladung von Mohammad Mousa Jadallah, dem Präsidenten der General Union of Petroleum, Mining and Chemical Workers in Palestine (GUPMCWP), vom 11. bis zum 14. Dezember 2005 Palästina besucht. Wir sind gemeinsam nach Ramallah, Bethlehem und Nablus gefahren. Es wurden Gespräche geführt mit Abdullah Abdullah, dem stellvertretenden Außenminister, mit Salah Taamri, dem Gouverneur von Bethlehem, und der Führungsspitze der Palestine General Federation of Trade Unions unter der Leitung von Generalsekretär Shaher Sae'd. Die Gruppe besichtigte außerdem einige Betriebe der Birzeit Pharmaceutical Co., besuchte das Grab von Yassir Arafat in Ramallah und ehrte den früheren Palästinenserführer mit einer Kranzniederlegung.

Die Delegation beschloss eine Intensivierung der Beziehungen der ICEM zur GUPMCWP sowie für 2006 ein gemeinsames Arbeitsprogramm, das mit einem Projekt zur Unterstützung weiblicher Aktivistinnen in der Gewerkschaft beginnt.

Die Delegation zeigte sich entsetzt über die aus erster Hand miterlebte Unterdrückung der Bewegungsfreiheit innerhalb der Westbank durch massive und mobile Kontrollpunkte des israelischen Militärs. Diese Kontrollpunkte werden von der IDF eindeutig als Mittel zur kollektiven Bestrafung des palästinensischen Volkes benutzt.

Die fehlende Freizügigkeit hat beträchtliche Auswirkungen auf den Warenverkehr und führt zu einer weiteren Verschärfung des Problems der ohnehin massiven Arbeitslosigkeit.

Der am deutlichsten sichtbare Angriff auf die Bewegungsfreiheit der Menschen ist die massive Wallanlage, die in der Westbank hochgezogen wird und die Familien auseinander reißt, palästinensische Dörfer durchschneidet und Schätzungen zufolge 55% des palästinensischen Lands in der Westbank zu israelischem Gebiet macht.

Diese Mauer mit ihren Wachtürmen ist ein Affront gegen die Menschenwürde und ein unübersehbares Symbol für israelische Unterdrückung und Besetzung, das die palästinensische Nation teilt. Die ICEM-Delegation ist der Meinung, dass diese Mauer sofort abgerissen werden muss.

Ein weiteres ständig sichtbares Zeichen der Besetzung sind die beständig wachsenden israelischen Siedlungen. Der Bau neuer Siedlungen und der weitere Ausbau der bestehenden Siedlungen muss sofort gestoppt werden, über die komplette Räumung muss verhandelt werden.

Wir rufen die internationale Staatengemeinschaft auf, ihre Initiativen für eine friedliche Lösung dieses Konflikts zu verstärken. Das erfordert die Gründung eines lebensfähigen palästinensischen Staates sowie eine umfassende internationale finanzielle Unterstützung, damit dieser neu gegründete palästinensische Staat wirtschaftlich überleben kann. Voraussetzung für einen solchen Staat ist eindeutig die vollständige Bewegungsfreiheit seiner Bewohner innerhalb des Territoriums und über die Grenzen mit den benachbarten Ländern und mit Israel.

Die Delegation ist davon überzeugt, dass eine friedliche Beilegung des Konflikts möglich ist, dass aber die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen in palästinensische Produktionsmittel und Infrastrukturen ein wichtiger Teil dieser Konfliktlösung ist.

Die Delegation zeigte sich beeindruckt von der Stärke der Palästinenser und ihrem festen Willen, eine friedliche Lösung zu erreichen und einen lebensfähigen palästinensischen Staat zu gründen.



*Die Mauer in
Bethlehem*

Besuch im Palästina: "Kollektive Bestrafung eines Volkes"

"Wir brauchen eure Stimme. Wir brauchen die Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung". Mit diesen Worten begrüßte der Generalsekretär der Palestine Federation of Trade Unions (PGFTU) Shaher Sae'd eine ICEM-Delegation unter der Führung von Fred Higgs in seinem Büro in der Stadt Nablus, die in der nördlichen Westbank liegt.

Zu der Delegation gehörte ebenfalls ICEM-Organisationsdirektor Jim Catterson als Kontaktperson für die Region Naher Osten/Nordafrika (NONA). Die Einladung zu einem Besuch Palästinas war 2005 von Gewerkschaftspräsident Mohammad Mousa Jadallah von der Petroleum, Mining and Chemical Workers in Palestine (GUPM-CWP) während eines Treffens zwischen ICEM-Mitgliedern und anderen NONA-Gewerkschaften in Jordanien ausgesprochen worden. Die teilnehmenden Gewerkschaften hatten dort auf die Bedeutung einer verstärkten Zusammenarbeit mit Gewerkschaften in ICEM-Sektoren in Palästina hingewiesen.

Israels Jobzange

Shaher Sae'd beschrieb anschaulich die Probleme, mit denen seine Organisation und die ArbeitnehmerInnen in Palästina konfrontiert sind. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen werden mit 36% angegeben, 45% der Bevölkerung leben unterhalb

der Armutsgrenze. Rund 350.000 Arbeitskräfte, die früher in Israel gearbeitet haben, sind dazu nicht mehr in der Lage, und wer noch eine Arbeitserlaubnis hat, kommt oft nicht an den militärischen Kontrollposten vorbei. Wem es doch gelingt, landet oft in illegalen Arbeitsverhältnissen und bekommt bestenfalls einen Mindestlohn.

Gewerkschaftliche Aktionen sind meistens auf



In der PGFTU-Zentrale in Nablus: Generalsekretär Shaher Sae'd (sitzend, in der Mitte links) und Mohammad Mousa Jadallah, Präsident der Gewerkschaft Petroleum, Mining and Chemical Workers in Palestine, rechts neben ICEM-Generalsekretär Fred Higgs

Rechtsberatungen beschränkt. Arbeitsmöglichkeiten in der Westbank selbst sind praktisch nicht vorhanden, die einzige Ausnahme ist die Palästinensische Autonomiebehörde mit 150.000 Bediensteten, die in erster Linie über Subventionen der Europäischen Union finanziert wird. Viele der alten Fabriken mussten zwangsweise schließen, da das israelische Militär die Freizügigkeit von Arbeitnehmern und Waren eingeschränkt hat. Die Israelis stellen das palästinensische Volk eindeutig unter Kollektivstrafe.

Die ICEM-Delegation konnte diese Erfahrung unmittelbar selbst machen. Die Fahrt von Ramallah nach Nablus hatte nur knapp eine Stunde gedauert. Die Rückfahrt auf der gleichen Strecke nahm mehr als vier Stunden in Anspruch.

Besuch bei Birzeit

Eine der wenigen wirtschaftlichen Erfolgsgeschichten in der Westbank schreibt die Firma Birzeit Pharmaceutical, die Generika herstellt und mehr als 200 Arbeitskräfte beschäftigt. Das



Im Konferenzsaal der PGFTU zeigt Generalsekretär Shaher Sae'd seinem Kollegen Fred Higgs von der ICEM das Einschussloch eines Projektils aus einer israelischen Waffe, die bei einem Tumult auf der Straße abgefeuert wurde.

**ICEM-Besuch im Palästina
(Fortsetzung auf Seite 8)**

Neues von den Mitgliedern

Türkische Ölarbeiter blockieren erneut Privatisierung von Raffinerien

Istanbul, Türkei Die türkische Gewerkschaft der Ölarbeiter Petrol-İs blockiert weiterhin Pläne der Regierung zur Privatisierung der staatlichen Ölgesellschaft Türkiye Petrol Rafinerleri AS (Tupras). Im Februar konnte die Gewerkschaft über eine richterliche Entscheidung des Staatsrates erreichen, das der mit 4,414 Milliarden US-\$ veranschlagte Verkauf von 51% Anteilen der Ölraffinerie an die türkische Koc Holding und an die Royal Dutch Shell ausgesetzt wurde.



Petrol-İs hatte die vier Raffinerien sowie ein Petrochemiewerk von Tupras tagelang bestreikt. Am 26. Januar, als die Regierung und Koc den Verkauf unter Dach und Fach bringen wollten, begannen die Arbeiter mit einem massiven Streik in allen Betrieben. Die Gewerkschaft unterstützte die Aktionen mit einer breit angelegten Public Relations-Kampagne mit dem Motto: "Tupras ist unsere Zukunft und kann nicht verkauft werden." Die Kampagne erschien auf Plakatwänden, in den Printmedien und im Fernsehen.

Der Staatsrat hat in zweiter Instanz als Revisionsgericht eine erstinstanzliche Entscheidung mit der Begründung aufgehoben, dass die Bedingungen des Verkaufs gegen das türkische Privatisierungsgesetz verstoßen. Nach der richterlichen Entscheidung am 2. Februar erklärte Petrol-İs-Präsident Mustafa Oztaskin: "Der Verkauf kann so nicht erfolgen, Tupras muss ohne weitere zeitliche Verzögerung und unter Schadloshaltung des Käufers wieder in Staatsbesitz überführt werden."

Die Gewerkschaft hat in den vergangenen zwei Jahren in ihrem Kampf gegen die Privatisierung von Gas und Ölraffinerien in fünf Gerichtsverhandlungen und auch vor der Regulierungsbehörde Recht bekommen und dabei sowohl auf rechtliche Schritte als auch auf öffentliche Kampagnen gesetzt.

IG BCE und andere deutsche Gewerkschaften wollen einheitliche Tarifstruktur mit Vattenfall

Hannover, Deutschland Drei deutsche Gewerkschaften, darunter auch das ICEM-Mitglied IG BCE, führen gemeinsam eine Kampagne gegen den schwedischen staatlichen Stromversorger Vattenfall für einen einheitlichen Konzerntarifvertrag. Die Kampagne wurde mit Unterstützung von SEKO, der schwedischen Gewerkschaft der Elektroindustrie geführt, die die Regierung in Schweden unter Druck gesetzt und erklärt hat, dass die Abschaffung von Lohnunterschieden und die Einführung einheitlicher Arbeitsbedingungen für die 20.000 Beschäftigten des Konzerns in Deutschland im besten Interesse des Unternehmens seien.



Die deutschen Gewerkschaften, darunter Ver.di und die IG Metall, haben zwei Jahre mit Vattenfall verhandelt, um die Löhne und Arbeitsbedingungen in den Unternehmen zu vereinheitlichen, die Vattenfall in den Jahren zuvor übernommen hatte. Die Gewerkschaften wollen weiterhin die Verpflichtung, dass bei eventuellen Ausgliederungen, Ausgründungen oder Abspaltungen die Tarifbindung des Konzerntarifvertrages weiterhin gilt. Die deutschen Konzernmanager lehnten diese Forderung ab. Im Frühjahr versuchte der schwedische Mutterkonzern, den Minderheitsanteil der Vattenfall Europe AG Deutschlands drittgrößtem Versorger zu übernehmen.

Die drei Gewerkschaften haben gegen die Verweigerungshaltung des Unternehmens protestiert und am 1. März eine Massenprotestkundgebung anlässlich der Jahreshauptversammlung von Vattenfall Europe in Berlin veranstaltet. "Vattenfall ist ein Unternehmen, das seine Geschäfte außerhalb Schwedens in gleicher Weise führen muss wie hier", erklärte SEKO-Vorsitzender Janne Rudén. In Deutschland betreibt der Konzern Kraftwerke in Berlin und in Hamburg. Stromverteilung,

Amicus setzt Arbeitskampfmaßnahmen gegen International Paper ein

Aberdeen, VK Die Belegschaft der zu International Paper Co. gehörenden Inverurie Mill in der Nähe von Aberdeen hat am 23. März mit Arbeitskampfmaßnahmen gegen den US-amerikanischen Papierhersteller begonnen. Die 231 Arbeitnehmer protestieren mit ihrer Gewerkschaft Amicus gegen eine für 2006 vorgesehene Nullrunde bei den Löhnen. An diesem Tag wurde zunächst ein vierstündiger Streik ausgerufen, eine Woche später kam es zu einer weiteren Arbeitsniederlegung.

Ein Lohnnullrunde, so die Überzeugung von Amicus, kommt nicht in Frage angesichts der mit anderen britischen Papierunternehmen abgeschlossenen Lohnsteigerungen von bis zu 2,5%. Seit 2004 hatte die Belegschaft der Inverurie Mill auf drei Prozent ihres Wochenlohnes verzichtet, um ein Defizit der Betriebsrentenkasse der Firma auszugleichen.

Streit über Leiharbeit führt zu Aussperrung in kanadischer Papierfabrik

Port Hawkesbury, Kanada Eine Aussperrungsmaßnahme des finnisch-schwedischen Papierunternehmens Nova Scotia hatte 600 Gewerkschaftsmitglieder ihres Lebensunterhaltes beraubt. Die Aussperrung der Mitglieder einer Ortsgruppe der Gewerkschaft Communications, Energy, Paperworkers (CEP) begann am 26. Januar 2006. Bis Ende März gab es noch keine Verhandlungsangebote zur Beendigung des Konflikts.

Die Mitglieder der Ortsgruppe CEP Local 972 arbeiteten seit Mai 2004 ohne Kollektivvertrag in der einzigen kanadischen Papierfabrik von Stora. Die Gewerkschaft und die Werksleitung hatten alle wirtschaftlichen und anderen Fragen geklärt bis auf die Outsourcingpolitik. Stora Enso ist der letzte Papierproduzent, auf den CEP in dieser Verhandlungsrunde trifft, und will das Pilotabkommen unterlaufen, das für Ostkanada bereits die Outsourcingfrage regelt.

Alle andere Papierunternehmen in Ostkanada haben sich mit der CEP auf die Beibehaltung eines Status quo bei den bestehenden Memoranden und Vereinbarungen über Leiharbeit geeinigt. Stora Enso fordert mehr Flexibilität beim Einsatz von Leiharbeitskräften und bedroht damit die festen Arbeitsplätze der Stammbeslegschaft.

Die Gewerkschaft rief zu einer Demonstration am 18. März auf, an der 2.500 ausgesperrte Arbeitnehmer, ihre Familien und zahlreiche Sympathisanten teilnahmen. Die Kritik an den Maßnahmen von Stora war besonders in Finnland deutlich zu hören gewesen. Dort war das Unternehmen im vergangenen Jahr federführend an einer von der Papierindustrie inszenierten sechswöchigen Aussperrung von 25.000 Arbeitnehmern beteiligt. In einer Botschaft an die ausgesperrten Beschäftigten in Nova Scotia erklärte der Präsident der finnischen Gewerkschaft und Vorsitzende der ICEM-Papiersektion Jouko Ahonen: "Euer Kampf ist unser Kampf, wie im vergangenen Jahr unser Kampf auch Euer Kampf war. Im letzten Sommer waren wir nicht allein, und auch seid in diesem Konflikt nicht allein und werdet es auch in Zukunft nicht sein." Die Gewerkschaft wurde ebenfalls umfassend vom Europäischen Betriebsrat bei Stora Enso unterstützt.



Protestmarsch der Papierarbeiter in Nova Scotia am 18. März

Deutsches Chemieunternehmen Cognis bekämpft Gewerkschaft in den USA

Cincinnati, USA Die starrsinnige Veweiigerungshaltung von Arbeitgebern bei einer versuchten Konfliktlösung hat dazu geführt, dass Mitglieder der United Steel Workers (USW) seit mehr als einem Jahr Streikposten vor einem Chemiewerk beziehen. Im Februar 2005 gründete das deutsche Chemieunternehmen Cognis mit einem malaysischen Partner ein Joint Venture im Oleochemie-Bereich als neues Unternehmen.

Bei Verhandlungen in dem Betrieb wollte USW die Kollektivvereinbarungen auch auf diesen neuen Bereich ausdehnen, in dem etwa die Hälfte der 300 Belegschaftsmitglieder des Werks beschäftigt ist. Cognis weigerte sich, eine solche "Nachfolgevereinbarung" anzunehmen und zog es statt dessen vor, die Anlage gewerkschaftsfrei zu betreiben. Am 7. Februar 2005 traten die USW-Mitglieder in den Streik.

Cognis begann mit der Einstellung von Ersatzarbeitskräften und nahm dafür in Kauf, dass die Nachbarschaft des Werks einem erhöhten Umweltrisiko ausgesetzt wurde. USW Local 14340 hat seit Beginn des Streiks zahlreiche Arbeits- und Umweltschutzprobleme dokumentiert. Bei Verhandlungen hat die Gewerkschaft im Interesse des Flexibilitätsprogramms des Unternehmens zahlreiche Zugeständnisse bei den Arbeitsvorschriften angeboten, wie sie das bereits 2002 zum Erhalt der Rentabilität des Unternehmens praktiziert hatte. Cognis lehnte jedoch ab und zog es vor, die Gewerkschaften weiterhin auszuschließen.

Diese Politik wurde bestätigt, als das Unternehmen Anfang des Jahres das Angebot der Gewerkschaft ablehnte, den Streik zu beenden und die streikenden Gewerkschaften wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren zu lassen. Die ICEM hat zusammen mit ihrer deutschen Mitgliedsgewerkschaft IG BCE bei der Konzernleitung in Europa interveniert, die Unternehmensführung hat jedoch nichts dagegen, dass die amerikanischen Manager ihre gewerkschaftsfeindliche Politik fortsetzen. Die ICEM hat ihre Mitglieder im Chemiesektor gewarnt und sie aufgefordert, Aktionen gegen Cognis in ihren Ländern einzuleiten.

Mitgliederzuwachs am Kaspischen Meer...

Fortsetzung von Seite 3

McDermott beschäftigt 500 ausländische Arbeiter und 2.000 aus Aserbaidschan.

Das Unternehmen hat mit Zustimmung der Arbeitnehmer 65-Stunden-Wochen eingeführt, die den Lohn für die Beschäftigten auf US-\$ 600 bis 700 pro Monat anhoben. Im Oktober kehrte das Unternehmen früher als geplant wieder zur 40-Stunden-Woche zurück, was die Löhne für die Belegschaften halbierte. "Das kam bei den Arbeitern überhaupt nicht gut an", erinnert sich Aliev.

Es kam noch schlimmer. Die aserbaidischen Arbeiter, die über die gleichen Qualifikationen und Erfahrungen wie die indischen, burmesischen, philippinischen und rumänischen Arbeiter verfügen, verdienen bis zu 50% weniger als ihre ausländischen Kollegen und sahen sich bei den Leistungen im Krankheitsfall deutlich schlechter gestellt. Am 16. November wurde ein von 800 aserbaidischen Arbeitern unterzeichnetes Schreiben an McDermott mit der Forderung gesandt, die im Brief angesprochenen 15 konkreten Probleme zu lösen. Als diese Forderung ignoriert wurde, wurde am 22. November ein Streik ausgerufen und die OGWU kontaktiert. Die Gewerkschaft setzte den Streik nach einem Tag aus und gab McDermott eine Woche Zeit, die Situation zu ändern.

Am 28. November erfuhr Aliev, dass BP und die Manager von McDermott direkt Arbeitnehmer angesprochen hatten, um ohne die OGWU zu einer Einigung zu kommen. Aliev informierte die Manager daraufhin, dass sie mit dieser Maßnahme auf Konfrontationskurs gegangen seien. Am nächsten Tag streikten die Arbeiter erneut. Gleichzeitig trafen sich die am ICEM-Energieprojekt in der Kaspischen

Region beteiligten Gewerkschaften zu einer Konferenz in Baku, und die europäischen und regionalen Gewerkschaften nutzten die Konferenz, bei der es um den Aufbau von Gewerkschaften in der Region ging, als Sprachrohr für die Anliegen der aserbaidischen Arbeiter.

Innerhalb eines Tages willigten McDermott und BP in alle Forderungen ein und boten den aserbaidischen Arbeitern eine 20%-Lohnerhöhung ab 1. Dezember und eine weitere Erhöhung um 12% ab 1. Januar 2006 an. Die Gewerkschaftsgründungswelle lief zu diesem Zeitpunkt bereits, und ein sehr bezeichnender Kommentar kam vom Aserbaidschischen BP -Chef David Woodward während einer Pressekonferenz Mitte Dezember: "Es ist ihr gutes Recht, und niemand kann sie daran hindern, wenn sie das wollen. Wir erkennen das Recht auf Kollektivmaßnahmen an."

Eine weitere Entwicklung, die dem Aufbau der Gewerkschaften in der Kaspischen Region zugute kommt, war ein Thema auf dem Kongress des russischen ICEM-Mitglieds ROGWU (Gewerkschaft der Öl-, Gas- und Bauarbeiter) in Moskau im Dezember. OGWU und die russische Gewerkschaft unterzeichneten ein Protokoll über eine gemeinsame gewerkschaftliche Aufbauarbeit in der Region für 2006.

Der Aufstieg von Gewerkschaften, die die Interessen der Leiharbeiter in der Kaspischen Region vertreten, und der damit verbundene bessere Schutz der Arbeitnehmer kommt zur rechten Zeit, denn Aserbaidschan wird zu einem der wichtigsten Player in der Energieversorgung der heutigen Welt aufsteigen.

Frauenprojekt in Palästina...

Fortsetzung von Seite 5

Werk öffnete 1974 mit nur 20 Beschäftigten. Die Belegschaft wird von der GUPMCWP vertreten und freut sich über hohe Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Dazu gehören ebenfalls Versorgungsleistungen im Krankheitsfall sowie Zahlungen in eine Unterstützungskasse.

Der größte Teil der Produktion ist für die örtlichen Märkte bestimmt, immerhin 20% gehen nach Algerien, Osteuropa, Aserbaidschan und Russland. Der Export von den israelischen Häfen aus ist relativ unproblematisch, der Import von Rohstoffen über diese Häfen, zu denen es keine Alternative gibt, ist allerdings eine andere Sache. Die Abfertigung der angelieferten Rohstoffe durch die israelischen Behörden kann schon einmal 12 Monate dauern. Das Unternehmen muss deshalb trotz der damit verbundenen Zusatzkosten

umfangreiche Mengen an Rohstoffen bevorraten.

Nach den Diskussionen mit der Gastgebergewerkschaft hat die ICEM beschlossen, ihre Beziehungen mit der GUPMCWP zu vertiefen und für 2006 ein gemeinsames Arbeitsprogramm in Angriff zu nehmen, das mit einem Projekt zur Unterstützung weiblicher Aktivisten beginnt. Die Gewerkschaft verfügt nur noch über kleine Büros in Ramallah. Die frühere Büros, die in der Nähe der Zentrale der PGFTU in Nablus lagen, wurden mitsamt aller Ausstattungen und Computer bei Raketenangriffen durch das israelische Militär zerstört.

Die ICEM bedankt sich besonders bei unserer norwegischen Mitgliedsorganisation NOPEF, die die Finanzierung des Programms zugesagt hat.

NUM veranstaltet Frauenkonferenz

Rosherville, Südafrika In Rosherville fand vom 16. bis zum 18. Februar die dritte südafrikanische Frauenkonferenz der National Union of Mineworkers' (NUM) vor dem Hintergrund des 50. Gedenktages des Frauenmarsches zu den Gewerkschaftsgebäuden in Pretoria im Jahre 1956 statt.

Das Thema der Konferenz lautete "Mobilisieren, Organisieren und Führen - gegen die Ketten der Beherrschung, Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen" und zeigte einmal mehr einen programmatischen Schwerpunkt der NUM, die Frauen den Weg in Führungspositionen ebnen und generell für alle Frauen in Südafrika mehr Rechte erkämpfen will.

Ziel der Konferenz war die Mobilisierung von mehr Frauen für die Gewerkschaft und die Unterstützung von Frauen durch Programme, die ihnen mehr Selbstwertgefühl und mehr Selbstvertrauen geben. In 5 von 11 NUM-Regionen haben es Frauen in den Gewerkschaften auf Führungspositionen geschafft.

Als die Bergbaucharta des Landes im Jahre 2004 verabschiedet wurde, hatten Frauen einen Anteil von 1,5% an den im südafrikanischen Bergbau beschäftigten Arbeitskräften. Dieser Anteil ist inzwischen auf 6% gestiegen und dürfte in absehbarer

Zeit 10% erreichen. Im Energiesektor sind im Vergleich deutlich mehr Frauen beschäftigt.

Auf der Konferenz wurde ein nationales Führungsteam gewählt, ein realistischer Aktionsplan erarbeitet und eine präzise und praxisbezogene Vorlage entwickelt, die auf dem NUM-Nationalkongress im Mai präsentiert wird.

Die NUM-Frauenstruktur wurde 1998 ins Leben gerufen.



Die Führungsmannschaft der NUM-Frauenkonferenz. Von l.n.r. Schatzmeisterin Joyce Gumbi; stellvertretende Sekretärin Patricia Letsike; Sekretärin Faith Letlala; stellvertretende Vorsitzende Nomasonto Magagula und Vorsitzende Lydia Makhubela.

Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben ist Programm bei UI Zensen

Tokai, Japan Das japanische ICEM-Mitglied UI Zensen hat am 18. und 19. Februar den Startschuss für eine Kampagne mit dem Titel "Aktion 2006: Gleichstellung von Männern und Frauen" gestartet und will damit die Öffentlichkeit für das Thema Gleichstellung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz sensibilisieren. Die Aktionen im Rahmen der Kampagne laufen bis zum Mai 2006, im Mittelpunkt stehen Programme örtlicher Gewerkschaften, die sich mit diesem Thema befassen, und die Förderung täglicher Aktivitäten.

Der Schwerpunkt liegt auf der Zusammenarbeit von Männern und Frauen und Frage, wie im Betrieb Gleichstellung zu erreichen ist. UI Zensen ist eine allgemeine Gewerkschaft der Arbeitnehmer im privaten Sektor und stellt die Vereinbarung von Berufs- und Privatleben in den Mittelpunkt der Kampagne unter dem Slogan "Arbeit und Leben sind gleich wichtig". Mit der Kampagne wird auf ein neues Gesetz reagiert, das japanischen Arbeitgebern die Vorlage von Plänen zur Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots sowie Foren zur Förderung der Elternzeit vorschreibt.

UI Zensen hat bisher drei Workshops durchgeführt und wird im Frühjahr fünf weitere Veranstaltungen

anbieten. Die Gewerkschaft analysiert die Work-Life-Balance-Situation anhand einer Befragung, bei der per Checkliste die Zufriedenheit mit dem Job ermittelt wird, sowie mit praktischen Indikatoren zur Abfrage der Zufriedenheit mit der jeweiligen Lebenssituation. Damit haben die ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit, ihre Situation sofort zu analysieren und erforderliche Änderungsmaßnahmen zu ergreifen.



Mugumi Tokugi vom Gleichstellungsbüro der UI Zensen spricht auf einem Life-Balance-Workshop in der Region Tokai in Japan

8. März - Aktivitäten am Frauentag

Argentinien: FETERA, als Energiegewerkschaft Mitglied der ICEM, setzt sich ein für eine öffentliche Politik im Sinne menschenwürdiger Arbeitsbedingungen aus der Genderperspektive, für einen nationalen Plan zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen, für Aufklärung als Unterrichtsfach in allen Schulen, für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und für die Wiedereinsetzung des Frauennationalrates.

Australien: Das Work Choices-Gesetz der Regierung von John Howard wird sich auf die Frauen negativ auswirken, behauptet ein Professor von der Griffith University. Die in dem Gesetz verabschiedeten Regelungen für Entlassungen und Bonussysteme benachteiligen die von Frauen dominierten Branchen; für Frauen besteht ein höheres Risiko prekärer Arbeitsverhältnisse und eines geringeren Beschäftigungsschutzes, und sie werden wahrscheinlich länger arbeiten müssen, um ihr bisheriges Einkommen aufrechtzuerhalten.

Brasilien: Der nationale Dachverband CNQ-CUT und seine lokalen Gewerkschaften fordern angemessene Löhne, Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut und der Gewalt gegen Frauen, Legalisierung und damit Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und Chancengleichheit für Männer und Frauen im Arbeitsmarkt.

Kanada: Der 8. März war auch der 25. Jahrestag der Unterzeichnung der UN-Konvention über die Beseitigung der Diskriminierung von Frauen durch die kanadische Regierung. Die ICEM-Mitgliedsgewerkschaft CEP nutzte den Tag und wiederholte ihre Forderung nach einem leistungsfähigen Sicherheitsnetz mit Programmen für Frauen und ihre Familien, z. B. das National Childcare Programme. Zwei Drittel der Frauen mit Kindern unter 3 Jahren arbeiten außerhalb ihrer Wohnung bzw. ihres Hauses. Die Bundesregierung arbeitet zurzeit an einer Änderung einer Vereinbarung, die sie erst im vergangenen Jahr verabschiedet hatte und in der es um Vereinbarungen mit den Provinzen über die Kinderbetreuung geht.

Mittelamerika: Die IAO hat am 8. März einen Bericht veröffentlicht, der für die vergangenen 30 Jahre eine Verdoppelung des Frauenanteils an der Gesamtbeschäftigung auf 42% nachweist. Trotzdem ist es die Regel, dass Frauen immer noch ungerecht am Arbeitsplatz behandelt werden und zwischen 16% und 50% weniger verdienen als Männer. Der Bericht stellt ebenfalls fest, dass viele junge Frauen in der Armutsfalle stecken und deshalb besonders leicht Opfer sexueller Ausbeutung werden.

Deutschland: Der 8. März stand im Zeichen der Betriebsratswahlen. Erwiesenermaßen sind Betriebsräte immer dann besonders erfolgreich, wenn Frauen beteiligt sind. Das Motto des ICEM-Mitglieds IG BCE für 2006 lautet: "Wir bestimmen mit: Frauen für erfolgreiche Betriebsräte."

Nepal: Frauen kämpfen hier sowohl gegen die Autokratie als auch gegen das Patriarchat, wie dies anlässlich diverser Demonstrationen und einer Massenversammlung in Pokhara am 8. März deutlich wurde. Das Thema des nationalen Gewerkschaftsdachverbandes GEFONT lautete "Für

Gewerkschaftsrechte und Gleichstellung von Männern und Frauen, für menschenwürdige Arbeit, nachhaltigen Frieden und echte Demokratie!" Die politische Koalition, die als Opposition gegen die Monarchie auftritt, arbeitet zum ersten Mal gemeinsam an einem Frauenprogramm. Wichtige gemeinsame programmatische Punkte lauten: echte Demokratie, dauerhafter Frieden und Menschenrechte, 33% Frauenanteil in allen Sektoren einschließlich politischer Parteien, staatlicher Behörden und Organisationen der Zivilgesellschaft; gleiche Eigentumsrechte für Männer und Frauen; eigenverantwortliche Familienplanung der Frauen, Schutz der Menschenrechte und Rehabilitation von Frauen.

Nigeria: Die weiblichen Mitglieder der zur ICEM gehörenden Ölarbeitergewerkschaft NUPENG feierten gemeinsam mit dem Nigeria Labour Congress und setzten sich für mehr Frauen in Führungspositionen ein.

Spanien: Der spanische Dachverband Comisiones Obreras (CC.OO) forderte Gleichstellungspläne und Aktionen gegen prekäre Arbeit, Diskriminierung, Arbeitslosigkeit, Zeitarbeit und die Doppelbelastung von Frauen. Die spanische Regierung hat zwar in der Woche vor dem 8. März einen Entwurf für ein weit reichendes Gleichstellungsgesetz eingebracht, aber ein Bericht des nationalen Instituts für Statistik zeigt, dass Männer 40% mehr verdienen als Frauen. Das neue Gesetz sieht einen Mutterschaftsurlaub bis zu maximal zwei Jahren sowie eine Reihe anderer Gleichstellungsmaßnahmen vor, die Unternehmen beim Abschluss von Kollektivvereinbarungen berücksichtigen müssen.

Türkei: Kurz vor dem 8. März hat der für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten zuständige EU-Kommissar Vladimir Spidla nach einem Besuch der Türkei gefordert, dass hier mehr für die Rechte der ArbeitnehmerInnen und der Frauen getan werden müsse. Wenn die Türkei EU-Mitglied werden wolle, so Spidla, müsse die in erster Linie aus Frauen bestehende Schattenwirtschaft in der Türkei verringert werden. Er lobte Fortschritte in der Gesetzgebung zur Stärkung der Rechte von Frauen, erklärte aber gleichzeitig, dass auch Diskriminierung, häusliche Gewalt, Bildung und Analphabetentum thematisiert werden müssten.

Vereinigtes Königreich: Auf der TUC-Frauenkonferenz in Eastbourne vom 8. bis 10. März kritisierten Gewerkschaftsfrauen den Länderbericht der Woman and Work Commission, weil er keine Empfehlungen für die verbindliche Durchführung von Gleichstellungsaudits durch Arbeitgeber in der Privatwirtschaft enthält. Die Delegierten attackierten besonders die Confederation of British Industries, weil diese gegen jede Maßnahme ihr Veto einlege, die das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen abschaffen könnte. "Wir haben mit das größte Lohngefälle in Europa, und wir sollten diese Kampagne anführen und nicht hinter ihr herhinken", so die Gleichstellungsbeauftragte Diana Holland von der Transport and General Workers' Union. Auf der TUC-Konferenz berichteten irakische und kurdische Gewerkschafterinnen ebenfalls über ihren Kampf für Gleichstellung und Arbeitsrechte.





Verantwortlichkeit ... Nachhaltigkeit!

Von Fred Higgs, ICEM-Generalsekretär

Ich werde demnächst mein viertes Jahrzehnt als Gewerkschafter beginnen, und zu meinen Karrierestationen gehören sowohl die Arbeit als Shopsteward in einem Betrieb als auch meine jetzige Funktion als Generalsekretär der ICEM. In diesen 40 Jahren haben sich die Unternehmen, aber auch die Gewerkschaften geändert - manchmal so sehr, dass sie nicht mehr wiederzuerkennen sind. Die grundlegenden Philosophien der Unternehmen und der Gewerkschaften haben sich allerdings nicht so drastisch geändert. Die Gewerkschaften versuchen weiterhin, die materiellen Interessen ihrer Mitglieder durchzusetzen, Ungerechtigkeiten zu bekämpfen und Fairness und Gleichheit zu fördern. Die Unternehmen versuchen weiterhin, Profite zu erwirtschaften, zu wachsen und sich eine langfristige Zukunft zu sichern. Manchmal ergänzen sich diese Ziele sehr gut, manchmal führen sie zu Konflikten, die über einen Dialog gelöst werden müssen.

Zu Anfang meiner Karriere als Gewerkschafter habe ich in einigen der gefährlichsten und schmutzigsten Branchen gearbeitet. Das waren zufällig oft Betriebe, die zu den wirtschaftlich und gesellschaftlich gesehen wichtigsten Wirtschaftszweigen gehörten. Hier liegen auch die Wurzeln der Umweltbewegung und anderer gesellschaftlicher Initiativen mit ihrer heutigen Komplexität, ihren Organisationsstrukturen und ihrer breiten Unterstützung in der Öffentlichkeit. Wir sollten diese Entwicklung alle begrüßen.

Heute gibt es außerdem eine weitere Bewegung, die sich unüberhörbar zu Wort meldet. Es ist eine Bewegung, die von den Unternehmen die Wahrnehmung ihrer sozialen, ethischen und umweltorientierten Verantwortung fordert und dabei nachweisbare und glaubwürdige Ergebnisse sehen will. Diese Entwicklung hatte profunde Auswirkungen auf die Art und Weise, wie wir Unternehmen überwachen, sie bewerten und beurteilen, wie wir sie wahrnehmen und wie wir mit ihnen kommunizieren. Es gibt inzwischen eine unübersehbare Vielzahl von Initiativen, die dafür sorgen, dass Unternehmen diese ethischen Verpflichtungen entwickeln, umsetzen und dann auch überwachen. Die Bewegung für sozialverträgliche Investitionen ist eine Wachstumsindustrie geworden - das lässt sich allein aus der stark gestiegenen Zahl der "ethischen Initiativen" ablesen, die überall entstehen.

Vor diesem Hintergrund dachte ich Anfang des Jahres über die Richtung nach, in der sich die öffentliche Meinung über das Verhalten von Konzernen entwickelt. Ganz speziell überlegte ich, welche Rolle die ICEM im Lichte dieser Entwicklungen spielt. Unsere Kommunikation hat sich vervielfacht, auf unserer neuen Website finden sich immer die aktuellsten Nachrichten, und in unserem Magazin

Globa/Info berichten wir über die Herausforderungen und die für uns verfügbaren Möglichkeiten, die Erwartungen unserer Mitglieder, unserer potenziellen Mitglieder und auch der Öffentlichkeit zu erfüllen.

Mit dem bevorstehenden 40-jährigen Jubiläum meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit verbinde ich nicht zuletzt das Ziel, der ICEM auch in Zukunft den Status einer Organisation zu sichern, die unsere Mitglieder auf globaler Ebene vertritt und dabei die Interessen und Hoffnungen der ArbeitnehmerInnen auf der ganzen Welt wahrnimmt.

Es gibt eine Reihe von Prinzipien, die uns dabei helfen und die heute so wichtig sind wie früher. Erstens: Gewerkschaften wurden gegründet, um mit Arbeitgebern zu verhandeln, und das ist auch heute noch ihre wichtigste Rolle. Zweitens: Wer mit Arbeitgebern verhandeln will, muss über bestimmte Fertigkeiten verfügen, er muss versiert sein sowohl auf dem Terrain des Dialoges als auch der kämpferischen Auseinandersetzung, er muss auf Konfliktkurs gehen, aber auch konsensfähig sein können. Und Drittens sind Gewerkschaften keine NGO, wir vertreten ArbeitnehmerInnen und sind deren wichtigstem Anliegen verpflichtet, nämlich Arbeitsplätze nachhaltig zu sichern, was uns wieder zum o. g. ersten Prinzip bringt. Viertens: Gewerkschaften können nicht effizient und glaubwürdig sein, wenn sie nicht versuchen, das Unmögliche möglich zu machen, und zum guten Schluss müssen wir alle diese Prinzipien in einer strategischen und langfristigen Perspektive zusammenführen. Diese Perspektive muss auch bedeuten, dass wir immer zu einem Dialog mit den Unternehmen bereit sind, die unsere Mitglieder beschäftigen - auch im Falle ernsthafter Konflikte und Auseinandersetzungen.



Fred Higgs

Kampagne von IAO und globalen Foren für Asbestverbot geht weiter

Im Juni 2005 haben der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) und alle globalen Gewerkschaftsföderationen mit einer Kampagne für das weltweite Verbot von Asbest begonnen. Start der Kampagne war eine besondere Veranstaltung im Rahmen einer IAO-Konferenz in Genf. Nur einen Monat vorher wurde in Beijing auf der Internationalen IAO-Konferenz über berufsbedingte Atemwegserkrankungen die Empfehlung ausgesprochen, dass sich alle Konferenzteilnehmer für



ein weltweites Verbot von Asbest und seine stark eingeschränkte Verwendung einsetzen sollten.

1986 wurde das IAO-Übereinkommen 162 angenommen, das auch oft als Asbestübereinkommen bezeichnet wird. Es befürwortet organisatorische, technische und medizinische Maßnahmen, um Arbeitnehmer gegen gefährlichen Asbeststaub zu schützen. Nur 28 Länder haben dieses Übereinkommen ratifiziert.

Mit dem Kampagnenbeginn der globalen Gewerkschaften wurden Briefe an die Regierungs-, Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter aller Länder gesandt, die an der IAO-Konferenz teilgenommen haben. In diesem Schreiben wurden sie aufgefordert, sich in geeigneter Weise an der Kampagne für das Asbestverbot zu beteiligen. Der Inhalt des Schreibens war für einzelne Ländergruppen unterschiedlich formuliert, abhängig davon, ob diese Länder bereits ein Verbot gegen Asbest ausgesprochen haben oder dies zu erwarten ist (einige Länder exportieren und importieren keinen Asbest mehr); ob diese Länder kein Asbestverbot verhängt haben, der Einsatz von Asbest aber dokumentiert ist; oder ob diese Länder Asbest nicht verboten haben und in unterschied-

lichen Mengen exportieren oder importieren.

Der IBFG bittet die Gewerkschaften und andere Institutionen nachdrücklich, ihre eigene Asbestverbotspolitik zu verfolgen und über diese Maßnahmen zu berichten. Die Namen dieser Organisationen werden bekannt gemacht und veröffentlicht.

Die Internationale Arbeitsschutzkommission (eine Gruppe von Ärzten und Pflegekräften in arbeitsmedizinischen Einrichtungen) hat sich der Kampagne bereits angeschlossen, ebenfalls die World Federation of Public Health Associations und der Verband der Ärzte und Ärztinnen für eine gesunde Umwelt.

Die Verabschiedung einer Entschließung oder einer Grundsatzposition über ein Verbot von Asbest ist für die Gewerkschaften in allen Ländern wichtig, da es immer noch Asbestbestände gibt. Es liegt im Interesse der Gewerkschaften in allen Ländern, ein Verbot über den internationalen Handel mit Asbest zu unterstützen und damit sicherzustellen, dass diese Produkte ihren Weg nicht mehr in die internationalen Märkte finden. Viele Länder, die Asbest verboten haben, importieren oder exportieren dieses Produkt nach wie vor, da ein effektiver Umstieg auf asbestfreie Produkte ein langwieriger Prozess ist.

Auf der IAO-Konferenz in Genf treffen sich dieses Jahr Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter und schließen die Verhandlungen über ein neues Förderinstrument für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz ab. Gleichzeitig soll erneut ein spezielles Communiqué für die Kampagne über das Verbot von Asbest veröffentlicht werden.

Es wird eine Aufforderung zur Durchführung von Aktionen auf allen Ebenen erfolgen, um auf die Gefahren von Asbest und seine Auswirkungen hinzuweisen. Die Koordinierung der Aktivitäten Eurer Gewerkschaften mit den Aktionen, die auf internationaler Ebene geplant sind, würde die Wirksamkeit dieser Maßnahmen erhöhen. Wir hoffen, dass die Aufforderung zu einem Verbot von Asbest von so vielen internationalen Foren wahrgenommen wird wie möglich.

Das IAO-Projekt "Sichere Arbeit" wird hilfreich sein, bei den Gewerkschaftsführungen ein grundsätzliches Verständnis der mit Asbest verbundenen Gefahren zu entwickeln.

(Fortsetzung Seite 13)

Initiative britischer Gewerkschaften gegen Asbest am Arbeitsplatz

Asbest ist zwar im VK verboten, der Britisher Trade Union Congress (TUC) geht jedoch davon aus, dass die tödlichen Fasern immer noch in bis zu 1,5 Millionen Betrieben, Fabriken und Büros im VK vorhanden sein könnten. Der TUC hat deshalb eine umfangreiche neue Sicherheitsinitiative gestartet, um die Asbestbelastungen so gering wie möglich zu halten.

Seit 2004 sind die Arbeitgeber im Vereinigten Königreich gesetzlich dazu verpflichtet, die Asbestbelastungen in ihren Betrieben und Werken genau zu untersuchen und zu erfassen. Dazu gehören die Ausführung routinemäßiger Inspektionen, die Unterrichtung der Arbeitskräfte über Bereiche mit Asbestfaserbelastung und Schulungen über die damit verbundenen Risiken.

Der TUC geht davon aus, dass viele Arbeitgeber entweder die gesetzlichen Vorschriften nicht kennen oder sie missachten.

Ein britischer Betrieb erhält durchschnittlich alle 8 bis 20 Jahre Besuch von einem Sicherheitsinspektor. Arbeitgeber, die sich nicht an die Sicherheitsvorschriften halten, können damit

rechnen, nicht erwischt zu werden.

"Alle Formen von Asbest sind gefährlich, auch wenn bestimmte

Arbeitgeber das Gegenteil behaupten", erklärte TUC-Generalsekretär Brendan Barber. "Die von der Killerfaser verursachten Krebsarten entstehen manchmal erst nach vielen Jahren. Jemand, der jetzt Asbeststaub einatmet, wird vielleicht erst in 25 Jahren krank."

Erkrankungen durch Asbest kosten im Vereinigten Königreich zurzeit jährlich 4.000 Menschenleben. Da der

Krebs oft erst nach Jahren entsteht, geht der TUC davon aus, dass diese Zahl in zehn Jahren auf 10.000 Todesfälle durch Asbest steigen wird. Der TUC möchte deshalb, dass die Sicherheitsbeauftragten in allen Betrieben überall dafür sorgen, dass die Gesundheit der Arbeitnehmer nirgendwo durch Asbestexpositionen gefährdet wird. Wachsamkeit im Hinblick auf die Werkstoffe und Materialien in den Betrieben ist geboten. Es ist besonders darauf zu achten, dass die Arbeitgeber ihren gesetzlichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit Asbest und Asbestexpositionen nachkommen.

**Ich bin hierher gekommen,
um zu arbeiten ...**



nicht, um zu sterben

(Fortsetzung von Seite 12)

Die World Federation of Public Health Associations hat sich bereit erklärt, eine einfache PowerPoint-Präsentation zu erstellen und diese zur weiteren Verwendung zur Verfügung zu stellen. Die Arbeitsschutzzentren der Weltgesundheitsorganisation können (soweit in den einzelnen Ländern vertreten) ebenfalls Informationsmaterial über asbestbedingte Krankheiten anbieten. Darüber hinaus könnt Ihr den für Euch zuständigen IAO- oder WHO-Vertreter kontaktieren und Unterlagen über die

Auswirkungen von Asbest oder Quarz anfordern. Das gemeinsame IAO-WHO-Programm zur Silikose-Bekämpfung könnte hier ebenfalls zusätzliche Ressourcen bieten.

Der IBFG ist daran interessiert, mehr über Eure Asbestaktivitäten zu erfahren. Diese Informationen werden dann in die nächsten Versionen der Länderprofile aufgenommen. Informationen bitte an Lucien Royer unter royer@tuac.org.

Chemikaliensicherheit 2005 im Zeichen von REACH

Im vergangenen Jahr hat es im Hinblick auf die Sicherheit von Chemikalien einige signifikante Entwicklungen gegeben. Die politische Einigung des Europäischen Rates auf ein umfassendes neues System zur Erhöhung der Sicherheit bei Herstellung und Einsatz chemischer Stoffe war ein Ereignis, das für Schlagzeilen sorgte. Damit wurde ein integriertes System für die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) zur Verfügung gestellt.



Die Europäische Föderation der Bergbau-, Chemie und Energiegewerkschaften EMCEF war umfassend an dem gesamten Prozess beteiligt, bis ein endgültiger Konsens für REACH gefunden werden konnte.

REACH soll dafür sorgen, dass Lücken in den vorhandenen Informationen über die gefährlichen Eigenschaften von rund 30.000 chemischen Stoffen gefüllt werden und dass erforderliche Informationen über den sicheren Gebrauch von chemischen Stoffen über die gesamte industrielle Logistikkette weitergegeben und auf diese Weise die Risiken für Arbeitnehmer, Verbraucher und Umwelt minimiert werden.

REACH kehrt die Beweislast um. Das bedeutet, dass die Industrie und nicht die Behörden eine größere Verantwortung für die Informationsveröffentlichung übernehmen und entsprechende Maßnahmen für das Risikomanagement ergreifen müssen. Das Europäische Parlament hat am 17. November 2005 in erster Lesung die neue EU-Chemikalienpolitik verabschiedet, die formelle gemeinsame Position des Rates sollte unter dem österreichischen Ratsvorsitz im Mai 2006 angenommen werden und zur zweiten Lesung im Europäischen Parlament führen.

Die neue REACH-Gesetzgebung wird 40 alte Vorschriften ersetzen und ein einheitliches System

für alle chemischen Stoffe etablieren. Damit einher geht die Gründung einer neuen Europäischen Chemikalienbehörde in Helsinki, Finnland, bei der die Hersteller die Chemikalien in einer Datenbank registrieren lassen müssen. Die Behörde wird eine wichtige Aufgabe bei der Bewertung und Zulassung eines chemischen Stoffes übernehmen.

REACH erlegt den Herstellern und Importeuren die Pflicht auf, umfassende Informationen über die Eigenschaften ihrer Substanzen zusammenzutragen, sofern sie in Mengen über einer Tonne pro Jahr hergestellt oder importiert werden. Diese Informationen müssen unter Nachweis der Sicherheit der betreffenden Stoffe in einem Registrierungsdossier in Helsinki vorgelegt werden. Erfolgt keine Registrierung, darf der chemische Stoff nicht im EU-Markt hergestellt und auch nicht importiert werden.

Es wird erwartet, dass die endgültige Entscheidung über REACH im Europäischen Parlament und im Rat im Herbst 2006 fallen wird. Die Kommission geht davon aus, dass die REACH-Gesetzgebung im Frühjahr 2007 in Kraft treten wird. Danach wird es etwa ein Jahr dauern, bis die Europäische Chemikalienbehörde ihre Arbeit vollständig aufgenommen hat.

Damit wäre REACH 2008 voll funktionsfähig.



Globale Entwicklungen

Neben den Entwicklungen innerhalb der EU hat es auch auf internationaler Ebene Aktivitäten im Bereich der Sicherheit von Chemikalien gegeben. Dazu gehört in erster Linie das Strategische Konzept für ein internationales Chemikalienmanagement (SAICEM).

Diese neue Strategie wurde von zahlreichen Regierungen am 7. Februar auf dem 9. globalen Umweltministerforum des UN-Umweltprogramms UNEP in Dubai/Nairobi angenommen. SAICM ist

Strategisches Konzept
(Fortsetzung Seite 15)

Erinnerungen an das Unglück im amerikanischen Kohlebergwerk Sago 2006

Es gibt viele Erinnerungen an das Grubenunglück im amerikanischen Sago-Kohlenbergwerk am 2. Januar 2006. Man mag sich an die Familienmitglieder erinnern, die sich in der Kirche versammelt hatten und in Jubel ausbrachen, als ihnen die Manager der International Coal Group (ICG) mitteilten, dass die 13 eingeschlossenen Bergleute wohl auf seien. Später mussten die Angehörigen erfahren, dass bis auf einen Bergmann alle Opfer ums Leben gekommen waren.

Für die Mitglieder der ICEM-Mitgliedsgewerkschaft United Mine Workers (UMWA) ruft die Tragödie in Erinnerung, dass die Rettungsmannschaften aus den nahe gelegenen Bergwerken, in denen UMWA-Mitglieder arbeiten, als erste am Unfallort waren, um die ICG bei den Bergungsarbeiten in der gewerkschaftsfreien Zeche zu unterstützen.

Sie werden sich auch an das Nachspiel erinnern: Viele der 150 Kumpel der Zeche Sago forderten, dass ein erfahrenes Untersuchungsteam von UMWA - entsprechend den US-amerikanischen Gesetzen über die Sicherheit in Bergwerken - die Ursachen der Katastrophe herausfinden sollte, die Sicherheitsleute von ICG jedoch den UMWA-Experten bereits am Tor den Zugang zum Zechengelände verwehrten. Die Rechtsabteilung der UMWA musste einschreiten, damit per Beschluss eines Bundesgerichtshofes die Forderung der Sago-Bergleute durchgesetzt werden konnte.

Andere wird die Explosion in der Sago-Zeche an

die Anfänge des Startup-Bergbauunternehmens ICG erinnern. Es handelt sich dabei um eine Unternehmung des US-Investors Wilbur Ross, bestehend aus einem Zusammenschluss von 21 gewerkschaftsfreien Kohlebergwerken in Amerika, meistens im Rahmen von Insolvenzverfahren von Ross übernommen, der durch Steuervergünstigungen und das Recht auf die Neuverhandlung von Arbeitsverträgen die maroden Zechen saniert. Etwa 3.000 UMWA-Mitglieder haben damit sichere gegen unsichere Arbeitsplätze eingetauscht, Verhandlungsrechte verloren und Abstriche bei den Leistungen im Krankheitsfall nach Eintritt in den Ruhestand hinnehmen müssen.

Bekannt ist auch, dass der stetig wachsende Energiebedarf und die hohen Kohlepreise dafür sorgen, dass unsichere Bergwerke auf der ganzen Welt ihren Betrieb aufrecht erhalten und Spekulanten wie Wilbur Ross zu Geld und Reichtum kommen.

Auch an die Berichte der US-Presse über Sago wird man sich erinnern. Dort wird über eine Unfall- und Verletzungsquote berichtet, die dreifach höher ist als im Durchschnitt der amerikanischen Bergbauindustrie. 2005 wurden für Sago 208 Sicherheitsverstöße gemeldet, davon 96 als "signifikant und substanziell". Es kam zu 12 Stolleneinstürzen. Es ist sicher angemessen, des tragischen Todes der Bergleute in der Sago-Zeche sowie anderer tödlich verunglückter Bergleute in anderen Gruben am 28. April (Workers Memorial Day) zu gedenken. Wir müssen allerdings auch über die Ursachen dieser Katastrophen nachdenken.

Strategisches Konzept...

Fortsetzung von Seite 14

eine globale Initiative und zielt darauf ab, Chemikalien für den Menschen und unsere Umwelt sicherer zu machen. SAICM beinhaltet die Bewertung von Chemikalien, eine harmonisierte Kennzeichnung und das schwierige Thema gelagerter oder veralteter Chemikalien. Die Initiative bemüht sich auch um die Einrichtung nationaler Zentren besonders in den Entwicklungsländern, um die Ausbildung von Personal im sicheren Umgang mit Chemikalien und in der Bewältigung von Unfällen und Freisetzung. Die in der Erklärung von Dubai enthaltene Initiative, der über 100 Umwelt- und Gesundheitsminister zugestimmt haben, dürfte einen wichtiger Beitrag zur Erfüllung der Verpflichtungen zur Chemikaliensicherheit darstellen, die 2002 auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung eingegangen wurde. Sie ist eines der ersten konkreten Ergebnisse des UNO-

Weltgipfels der Staats- und Regierungschefs von New York im September 2005.

SAICM ist eine freiwillige Vereinbarung und kommt zu einer Zeit, da die globale Chemikalienproduktion in den kommenden 15 Jahren um schätzungsweise 80% zunehmen wird. Zwischen 70.000 und 100.000 Chemikalien sind bereits Schätzungen zufolge auf dem Markt, jedes Jahr kommen ungefähr 1.500 neue hinzu.

Im Vorfeld des 9. globalen Umweltministerforums des UN-Umweltprogramms UNEP unterstützten die Regierungen ebenfalls die Einrichtung eines mit mehreren Millionen Dollar ausgestatteten Fonds mit der Bezeichnung "Quick Start Programm" zur finanziellen Hilfe der nationalen Aktionspläne in den am wenigsten entwickelten Ländern und in den kleinen Inselstaaten

Engagement im Kampf gegen HIV/AIDS

Mehr als 40 Millionen Menschen leben mit HIV/AIDS - und die meisten von ihnen sind Arbeiter und Arbeiterinnen. Im Jahre 2005 starben 3,1 Millionen Menschen an AIDS, davon 500.000 Kinder, und fast fünf Millionen Menschen infizierten sich neu. Junge Menschen und vor allen junge Frauen stellen die Hälfte aller Fälle von Neuinfektionen.

Die Auswirkungen dieser Epidemie sind in der Welt der Arbeit nicht mehr zu übersehen.



Diskriminierung in den Betrieben bedroht die Rechte und die Arbeitsplätze der Menschen. AIDS bedeutet immer einen Verlust an qualifizierten Mitarbeitern und damit an Produktivität. Das Einkommen von Haushalten wird dezimiert, Krankheit und Tod beeinträchtigen die Fähigkeit der Menschen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. AIDS verschärft Armut und Ungerechtigkeit und bürdet den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft noch größere Lasten auf - den Frauen, den Kindern und den Armen.

Unternehmen und Betriebe haben gute Möglichkeiten, dieses Elend zu begrenzen. Arbeitsplatzprogramme, die Rechte schützen, die Prävention fördern und Zugang zu Pflege- und Behandlungsmöglichkeiten eröffnen, können die weitere Ausbreitung des Virus verhindern und den Menschen bei der Bewältigung der Folgen helfen.

Beteiligung der Gewerkschaften absolut notwendig

Für die ICEM ist die Beteiligung am Kampf gegen HIV/AIDS keine Option, sondern eine zwingende Notwendigkeit. Seit einiger Zeit unterstützt die ICEM ihre Mitglieder bei Aufklärungskampagnen und - was mindestens genau so wichtig ist - bei Initiativen gegen Diskriminierung und Schikanisierung, die auch Teil

von Kollektivvereinbarungen werden. Eine Reihe von Mitgliedern hat formelle Vereinbarungen mit den großen Bergbauunternehmen über Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen in Eigeninitiative abgeschlossen.

Im vergangenen Jahr hat die ICEM ihre Arbeit im Bereich HIV/AIDS-Bekämpfung intensiviert. Seit Januar 2005 organisiert ein globaler HIV/AIDS-Koordinator diese Aufgabe von Genf aus. Ein Regionalkoordinator in Johannesburg managt unser Afrikaprojekt. Ausbildungsseminare für die nationalen Koordinatoren aus 12 Ländern südlich der Sahara wurden bereits veranstaltet, und in zahlreichen Ländern führen die Koordinierungsausschüsse aller Mitglieder den Kampf gegen HIV/AIDS. Ein Handbuch über alle Aspekte von HIV/AIDS zur Verwendung in Kollektivverhandlungen wurde veröffentlicht. 2006 wird das Programm ebenfalls auf ausgesuchte asiatische und lateinamerikanische Länder erweitert.

Im Jahre 2005 hat die ICEM ebenfalls mit einer eigenen Informationspolitik über HIV/AIDS begonnen. Unsere Website www.icem.org enthält eine Sektion über HIV/AIDS, die Informationen und praktische Tools für unsere Mitgliedsgewerkschaften enthält. Dazu gehören PowerPoint-Präsentationen und Links zu Informationen auf anderen Websites. Wir haben eine Broschüre über HIV/AIDS auf Englisch, Französisch, Spanisch, Deutsch, Russisch, Schwedisch und Japanisch veröffentlicht, und auf der ICEM-Website erscheint ebenfalls ein monatliches eBulletin zum Thema HIV/AIDS.

Pilotprojekt Krankenstationen

Die ICEM hat Bereiche definiert, in denen sie konkrete Unterstützung leisten kann. Das Konzept von Krankenstationen in Form von Pilotprojekten, die mit großen Bergbaugesellschaften durchgeführt werden und den Arbeitnehmern und ihren Familien einen funktionierenden medizinischen Dienst bieten, hat den Vorteil, dass diese ihre Leistungen auch den örtlichen Gemeinden zur Verfügung stellen können. Zum Angebot gehören freiwillige Beratungen und Tests, aber auch die Behandlung mit antiretroviralen Medikamenten. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern, den Bergbauunternehmen und der Zivilgesellschaft gehen wir öffentlich-private Partnerschaften ein, um den Zugang zu den Tests und der Behandlung zu verbessern und zu beschleunigen. Die Projekte müssen ebenfalls in Abstimmung mit der nationalen HIV/AIDS-Politik und der IAO-

Kampf gegen HIV/AIDS
(Fortsetzung Seite 17)

28. April: Aktionstag für Arbeitsschutz

Der 28. April ist inzwischen zu einem globalen Gedenk- und Aktionstag der Arbeiter geworden. Das Motto für dieses Jahr lautet: Gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze = sichere Arbeitsplätze.

Jedes Jahr sterben ca. 2,2 Millionen Menschen bei Arbeitsunfällen oder an Berufskrankheiten, mehr als 1,2 Millionen werden auf der Arbeit verletzt. 350.000 dieser Todesfälle gehen auf Unfälle am Arbeitsplatz zurück, 400.000 sind auf Chemikalienexposition zurückzuführen. Chemikalien sind für fast ein Viertel der 160 Millionen weltweit registrierten Fälle von Berufskrankheiten verantwortlich.

Jedes Jahr kommen 1.500 neue Chemikalien auf den Markt. In Verbindung mit den mehr als 100.000 unterschiedlichen alltäglich verwendeten Chemikalien multiplizieren sich die potenziellen Gefahren jedes Jahr.

Die Gewerkschaften sind nachdrücklich aufgefordert, diesen Tag mit Aktivitäten zu begehen, die an die zahlreichen Unfälle am Arbeitsplatz, an Krankheit und Verletzungen erinnern. Solche Aktionen könnten die globale Kampagne für das Verbot von Asbest (Seite 12), Aufklärung am Arbeitsplatz über HIV/AIDS oder die 70 verschiedenen Übereinkommen und Empfehlungen der IAO beinhalten, die es für den Arbeitsschutz gibt.

In erster Linie sind das Übereinkommen 155 über Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt, Übereinkommen 162 über Sicherheit bei der Verwendung von Asbest, Übereinkommen 176 über den Arbeitsschutz in Bergwerken, Überein-

kommen 148 über den Schutz der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz; Übereinkommen 170 über Sicherheit bei der Verwendung chemischer Stoffe, Übereinkommen 174 über die Verhütung von industriellen Störfällen, Übereinkommen 119 über den Maschinenschutz und Übereinkommen 136 über den Schutz vor durch Benzol verursachten Vergiftungsgefahren.

Eine nützliche Übung wäre die Prüfung, welches dieser Übereinkommen von einem Land nicht ratifiziert worden ist, und danach die Durchführung einer nationalen Kampagne, um die Regierung zu einer Ratifizierung zu veranlassen.

Aktivitäten zum globalen Gedenk- und Aktionstag der Arbeiter können in vielfacher Form ausgeführt werden, dazu gehören Aufmärsche und Versammlungen oder sektorspezifische Themen, Bildungsveranstaltungen, Lobbyarbeit zu HIV/AIDS und die Ratifizierung von IAO-Übereinkommen zum Arbeitsschutz.

Die Statistiken geben nie die genaue Zahl der tatsächlich auf der Arbeit verunglückten oder verletzten Arbeiter oder der an Berufskrankheiten leidenden Beschäftigten an, denn in vielen Ländern gibt es weder zuverlässige Meldesysteme noch verfügbare Daten. Es zählt jedoch, dass man durch direkte Aktionen jedes Thema innerhalb des Arbeitsschutzes ansprechen und gestalten kann. Das führt zu mehr Sicherheit am Arbeitsplatz und zu einem gesünderen Arbeitsumfeld.

Kampf gegen HIV/AIDS... (Fortsetzung von Seite 16)

Richtliniensammlung für HIV/AIDS und die Welt der Arbeit durchgeführt werden.

Die Stärke solcher gemeinsamen Investitionsprojekte liegt in dem Zusatznutzen, den die unterschiedlichen Partner in das Projekt einbringen können. Unternehmen machen vorhandene medizinische Einrichtungen und medizinisches Personal verfügbar, sie bringen verwaltungstechnische Erfahrungen und Accounting-Fähigkeiten mit. Die Gewerkschaft hat diese Idee ins Gespräch gebracht, weil sie die Interessen der Arbeitnehmer vertritt und weil Kollektivvereinbarungen einen Schutz gegen Diskriminierung und Schikanisierung enthalten.

Gewerkschaftsfunktionäre und Vertrauensleute sind die Personen, auf die sich die Arbeitnehmer verlassen. Eine Beratung "auf Augenhöhe" führt dazu, dass eher die Bereitschaft für freiwillige Tests vorhanden ist. Und die Aussicht auf eine Behandlung mit retroviralen Medikamenten ist ein höchst wirksamer Anreiz.

Die ICEM verhandelt gerade über zusätzliche Ressourcen, die für diese Pilotprojekte im Bergbau erforderlich sind. Die ICEM ist dabei durch ihre Zusammenarbeit mit mehreren Partnern in der privilegierten Position, konkret und nachhaltig auf das Leben der Menschen in den ländlichen Bergbaugebieten einwirken zu können.

Chinas Bergbaubetriebe: Sicherheitsprojekt der ICEM im Fokus

Die ICEM hat keine Mitgliedsgewerkschaften in China, ist aber stark an Kontakten zu bestimmten Sektoren dort interessiert. China hat den zweifelhaften Ruf, das Land mit der schlechtesten Sicherheitsbilanz im Kohlebergbau zu sein. Die führenden Bergbauunternehmen, die bei der ICEM organisierte Arbeitnehmer beschäftigen, investieren und operieren mit steigender Tendenz in China.

Aus diesem Grund hat die ICEM gemeinsam mit dem International Council on Mining and Metals (ICMM) und der IAO den Beschluss zu einer gemeinsamen Zusammenarbeit gefasst, um die Sicherheit in den chinesischen Bergwerken zu erhöhen.

Diese Initiative geht auf das Jahr 2003 zurück, als das Ausmaß der Sicherheitsprobleme in den chinesischen Gruben zum ersten Mal deutlich wurde. Besuche der ICEM in China führten dazu, dass die chinesischen Behörden immer bereitwilliger Klarheit über die tatsächliche Dimension des Problems redeten. Es war ganz offensichtlich, dass es einen dringenden Beratungs- und Hilfebedarf bei den für die Bergbausicherheit zuständigen Behörden gab. Genau so klar war es, dass eine solche Initiative mit potenziell profunden und positiven Auswirkungen auf den chinesischen Bergbau nur mit umfangreicher Unterstützung der großen Bergbauunternehmen funktionieren würde und dass eine klare Strategie und ein Aktionsprogramm gebraucht würden.

Die ICEM hat deshalb im Rahmen ihres Engagements im Globalen Projekt Bergbau, Mineralien und Nachhaltigkeit gute Beziehungen zum ICMM aufgebaut. Die ICEM hatte 2004 Kontakt zum ICMM aufgenommen und eine gemeinsame Erkundungsreise nach China vorgeschlagen, um das Ausmaß des Problems besser zu verstehen und um die offizielle chinesische Reaktion bewerten zu können. Es folgten Gespräche mit dem Allchinesischen Gewerkschaftsbund und einem seiner Mitglieder, der Gewerkschaft der Energie- und Chemiearbeiter, mit der chinesischen Behörde für Gewerbeaufsicht, dem chinesischen Unternehmerverband, dem chinesischen nationalen Kohleverband und den Vertretern des IAO-Büros in Beijing. Alle Beteiligten waren sich darin einig, dass das Treffen und die Nachfolgeinitiativen unter der größtmöglichen Beteiligung der IAO laufen sollten.

Auf einem ersten offiziellen Treffen in Beijing im Dezember 2004 wurde in zweitägigen Diskussionen

eine weitere Kursfestlegung versucht. Nach einigen schwierigen Verhandlungen wurde von allen Teilnehmer ein Memorandum of Understanding unterzeichnet.

Im Dezember 2005 trafen sich ICEM, ICMM und IAO erneut mit den chinesischen Vertretern in Beijing, zu diesem Anlass wurden auch zwei Bergwerke in der Provinz Shandong besucht. Eine der Gruben war die Mine Jining Nr. 3, die der Yankuang Group Co. Ltd. gehört, einem riesigen chinesischen Industriekonglomerat mit Betrieben der chemischen Industrie und anderen Branchen in ganz Australasien.

Die Chinesen begrüßten die Möglichkeit für eine



PHOTONEWS

geeignete technische Zusammenarbeit und bestätigten den Nutzen dieses dreigliedrig angelegten Modells. Die Teilnehmer kamen überein, die Möglichkeiten für die Entwicklung und Umsetzung der technischen Aspekte eines Arbeitsschutzplans für chinesische Bergbaubetriebe zu erkunden. Wichtige Forderungen, aber nicht auf diese beschränkt, sind:

- Identifizierung spezieller Themen nach gemeinsamen Diskussionen über die wichtigsten Sicherheitsprobleme in den Bergwerksbetrieben;
- Kompetenzaufbau in der Risikobewertung sowie in Techniken und Praktiken des Risikomanagements;
- Kompetenzaufbau bei der Gas- und Staubkontrolle im Kohlebergbau und in anderen Bergbaubetrieben;
- Entwicklung und Umsetzung einer Sicherheitskultur für die Bergbauindustrie in die Praxis;
- Ausbildung von Arbeitssicherheitsbeauftragten, die von den Gewerkschaften benannt werden; und
- Sicherheitsausrüstungen und Sicherheitstechnologie.

Siehe Projekt Sicherheit
(Fortsetzung Seite 19)

Realistische chinesische Analyse der Situation kann zu einer neuen Sicherheitskultur führen

Die chinesischen Funktionäre haben das Problem der Sicherheit in ihren Kohlebergwerken mit bemerkenswerter Offenheit erörtert. Sie sehen durchaus, dass viele Gruben die reinsten Todesfallen sind und dass die Situation dort unbedingt verbessert werden muss. Aus diesem Grund haben die Chinesen fast auf allen Ebenen eine Tür für die globalen Gewerkschaften und die Sozialpartner geöffnet, um Technologie und Methode in die Sicherheitskultur des chinesischen Bergbaus zu importieren.

Statistiken können immer den Blick auf die Wahrheit verstellen, Worte und Taten meistens nicht. Das Wirtschaftswachstum in China führt dazu, dass die Kohleproduktion jedes Jahr im zweistelligen Bereich wächst. Mit kleinen Bergbaubetrieben haben einige wenige Unternehmen jede Menge schnelles Geld verdient. Dabei haben wir es mit unsicheren und oftmals nicht zugelassenen Arbeitsplätzen zu tun, an denen fast an jedem Tag des Jahres Menschen zu Tode kommen. Zwar gehen die offiziellen Zahlen der tödlichen Unfälle in den großen Bergwerken zurück, aber auch ohne die Tausende von jährlichen nicht gemeldeten Toten in den kleinen Familienbetrieben hat die Zahl der Unfälle in den großen Kohlebergwerken mit zehn oder mehr tödlich verunglückten Bergleuten zwischen 2004 und 2005 um fast 400% zugenommen.

Die chinesischen Behörden versuchen die Tatsache gar nicht zu verbergen, dass es Sicherheitsdefizite in den Betrieben gibt. Sie geben ebenfalls zu, dass 60% der Gruben, die aus

Tödliche Unfälle in chinesischen Bergwerken

	Unfälle in Bergwerken	Tote
2003	4.143	6.434
2004	3.639	6.026
2005	3.341	5.986

Quelle: SAWS

Sicherheitsgründen oder wegen fehlender Lizenzen 2005 offiziell geschlossen wurden, immer noch in Betrieb sind. Maßnahmen sprechen oft Bände - dieses Jahr hat die Regierung alle individuellen Investitionen chinesischer Funktionäre in Kohlebergbauunternehmen untersagt. Dabei geht es um Gesamtinvestitionen in der erstaunlichen Höhe von fast US-\$ 100 Millionen. Laut Aussage der Regierung halten 4.568 chinesische Funktionäre Anteile an Bergbaufirmen.

Die chinesische Behörde für die Sicherheit am Arbeitsplatz (SAWS) erklärte, sie werde in den Provinzen einen Rückgang der tödlichen Arbeitsunfälle um 3,5% im Jahre 2006 anordnen. Das ist auf den ersten Blick keine beeindruckende Zahl, aber angesichts der Tiefe und Komplexität des chinesischen Bergbaus ist es ein Ziel, dessen Verwirklichung sich lohnt. Die ICEM und ihre Mitglieder stehen mit ihren globalen Sozialpartnern bereit, dem chinesischen Volk bei der weiteren Senkung der tödlichen Unfallzahlen in der Bergbauindustrie zu helfen.

Projekt Bergbausicherheit in China...

Fortsetzung von Seite 18

Das Programm beinhaltet technische Seminare und Workshops, Besuche von Experten und Funktionären, gemeinsame Projekte sowie Pilotprojekte und - besonders wichtig - Ausbildungsmaßnahmen. Es wurde vereinbart, innerhalb von sechs Monaten mit zwei konkreten Aktivitäten zu beginnen und diese auf der Grundlage einer gemeinsamen zwischen den Parteien geschlossenen Vereinbarung zu entwickeln und durchzuführen.

Am Ende des einwöchigen Besuchs im Dezember 2005 wurde der vorgeschlagene Aktionskurs von allen anwesenden chinesischen Vertretern befürwortet. Ein großer technischer Workshop, auf dem in erster Linie ein Aktionsprogramm zur effektiven Unterstützung des chinesischen Bergbaus erarbeitet werden soll,

macht den Anfang.

Das Projekt muss finanziert werden. Die IAO hat in Aussicht gestellt, nach potenziellen Geldgebern zu suchen, und auch die ICEM wird in der gleichen Richtung tätig. Wichtig ist dabei, dass die ICEM ihre Mitglieder aus dem Bergbausektor anspricht und dort Möglichkeiten sondiert werden, Sicherheitsexperten für Aufgaben in China freizustellen. Die ICEM ist sich jedoch klar darüber, dass Mitglieder evtl. nicht den finanziellen Hintergrund zur Unterstützung dieser Arbeiten haben, und versucht deshalb Sponsoren für die Übernahme von Reisekosten und anderen Kosten für vier oder fünf Sicherheitsexperten zu finden. Die ICEM würde es begrüßen, wenn die Gewerkschaften für die Zeit der Programmteilnahme die Gehälter dieser Experten weiterzahlen könnten.

WARUM?

**Gedenktage an alle
verunglückten Arbeiter**

28. April 2006

**Kämpfen
für sichere
Arbeitsplätze**

